

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTLICH
INSPIRIEREND
S&G

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G



HAND-EXPRESS



Medienmüde? ...
... dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend um 19.45 Uhr



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

~ AUSGABE 28/15 ~

INTRO

Wir leben in einer Zeit, in der das Schwache und Wehrlose immer wieder den Interessen einzelner Gruppierungen zum Opfer fällt. Nehmen wir als Beispiel die bevorstehende Abstimmung in der Schweiz über eine Erweiterung der künstlichen Fortpflanzung mit der Einführung der Präimplantationsdiagnostik (PID). Sollte die Verfassungsänderung am 14. Juni angenommen werden, kann künftig im Labor entschieden werden, ob Menschen mit Behinderungen geboren oder ausselektiert, das heißt, entweder vernichtet oder zu Forschungszwecken missbraucht werden können. Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie das Wohl der Schwachen (in diesem Fall der Embryos) profitorientierten oder anderen Interessen zum Opfer fallen.

Sei es die Verbreitung des Wolfes und des Bären im Berggebiet oder die finanzielle Ausbeutung des Volkes durch immer neue Steuern und Abgaben; eines haben alle diese Ungerechtigkeiten gemeinsam: Am allerschlimmsten trifft es immer die Schwachen und Wehrlosen. Damit dies nicht so bleiben muss, geben wir in dieser Ausgabe den Schwachen und Unterdrückten eine Stimme. Lassen wir es zu, dass sie zu unserem Herzen reden darf!

Die Redaktion (brm./ft.)

Wer profitiert wirklich von der Präimplantationsdiagnostik (PID)?

rg. Am 14. Juni 2015 stimmt das Schweizer Volk über eine Verfassungsänderung ab, die eine Erweiterung der künstlichen Fortpflanzung mit der Einführung der PID bezweckt. Mit dieser genetischen Untersuchung werden künstlich erzeugte Embryonen vor der Einpflanzung in den Mutterleib auf Abnormalitäten untersucht. Nur Embryonen, welche die Anforderungen der Fortpflanzungsmedizin erfüllen, werden in die Gebärmutter eingepflanzt oder auf Vorrat tiefgefroren. Die „fehlerhaften und überzähligen Embryo-

nen“ werden vernichtet oder für die Forschung freigegeben. Die Fortpflanzungsmedizin verspricht sich durch die PID erhöhte Erfolgchancen bei der Behandlung kinderloser Paare. Verschiedene Studien belegen jedoch, dass die Erfolgsaussichten bei einer künstlichen Befruchtung wesentlich niedriger sind, wenn die Embryonen vorher genetisch untersucht wurden. Durch die Chromosomenuntersuchung werden zwei von fünf Embryonen so stark verletzt, dass sie sich nicht mehr erfolgreich in der Gebärmutter

einsetzen können. Abgesehen von der erschreckenden Tatsache, dass mit einer Zulassung der PID künftig im Labor über Leben oder Tod entschieden werden soll, fragt man sich, wer eigentlich an so viel überflüssigem „Menschennmaterial“ interessiert ist? Macht sich hier die Fortpflanzungsindustrie die Not von kinderlosen Paaren zunutze, um mit der PID ein Millionengeschäft* zu machen?

[1]

*Der Bundesrat und Gesundheitsminister Alain Berset geht davon aus, dass eine PID in der Schweiz 5.000 bis 10.000 Franken kosten würde.

Ein weiterer Baustein zum Umbau der Gesellschaft?!

juh. Zur bevorstehenden Abstimmung über eine Erweiterung der künstlichen Fortpflanzung, tauchen folgende Grundsatzfragen auf: Weshalb braucht es für kinderlose Paare eine Anpassung des Gesetzes? Eine Anpassung, die nur durch ein äußerst fragwürdiges Verfahren ermöglicht wird? Wer kann es denn schon verantworten, dass bis zu 40 gezeugte „Geschwister“ für ein Kind geopfert werden müssen? Ist das neue Gesetz damit nicht eher ein Rückschritt? Und gibt es rein statistisch überhaupt so

viele unfruchtbare Paare mit Kinderwunsch, denen mit den bisherigen Möglichkeiten der künstlichen Fortpflanzung nicht geholfen werden konnte? Deshalb fragt sich der mündig denkende Bürger, ob mit dem neuen Artikel schon einmal vorsorglich Gesetze geschaffen werden sollen für solche Paare, denen naturgemäß keine Kinder geboren werden können. Das meint z.B. gleichgeschlechtliche Paare. In Anbetracht der global vorangetriebenen Genderbewegung tut sich hier nämlich ein

stetig wachsender Bedarf auf. Ein „Ja“ zur Änderung der Bundesverfassung würde nicht nur bedeuten, dass Wissenschaftler Forschungen an Embryos, also Menschen in der frühesten Form, durchführen dürfen. Ein „Ja“ bedeutet auch, dass unsere gesellschaftliche Entwicklung sich grundsätzlich weiter unnatürlich abwärts entwickelt. Es ist ein „Ja“ zu gravierenden Konsequenzen und Problemen, die bereits jetzt ihre Schatten voraus werfen. Deshalb „Nein“ zur PID am 14. Juni 2015! [2]

Familien- und KMU*-feindliche Erbschaftssteuer *kleine und mittlere Unternehmen

bm. In den meisten Kantonen wurde die Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen abgeschafft. Nun soll sie durch die Erbschaftssteuer-Initiative am 14. Juni 2015 in der Schweiz wieder eingeführt werden. Erbschaften an die eigenen Kinder würden dann gleich besteuert, wie jene an ent-

fernte Verwandte oder Fremde. Das widerspricht dem Verfassungsziel der Familienförderung. Das vererbte Geld wurde zudem bereits zu Lebzeiten als Einkommen und jedes Jahr als Vermögen versteuert. Mit welcher Rechtfertigung der Staat im Todesfall ein drittes Mal zugreifen

soll, ist äußerst fraglich. Auch für Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe wäre die neue Steuer katastrophal. Ein großer Teil der KMU wäre nicht in der Lage, eine 20-prozentige Erbschaftssteuer zu bezahlen. Damit würde die Weitergabe von vielen

Fortsetzung Seite 2

Quellen: [1] www.nein-zur-pid.ch/nutzen-der-pid-fuer-kinderlose-paare-wissenschaftlich-nicht-erwiesen/ | <http://jugendundfamilie.ch/hintergrundthemen.html> | Bulletin: Jugend & Familie, Ausgabe Mai 2015/ Nr. 5 |

[2] www.human-life.ch/newsdetails.php?recordID=178 | Medienmitteilung des Nationalen Komitees „NEIN zur PID“: „Nutzen der PID für kinderlose Paare wissenschaftlich nicht erwiesen.“ |

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!

Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!

Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzaufsatz an SuG@infopool.info

Fortsetzung von Seite 1

Familienunternehmen an die nächste Generation verunmöglicht: Die Unternehmen müssten an Konzerne verkauft werden, um die Steuern bezahlen zu können. Durch diese Initiative würde also die Existenz von vielen Familienunternehmen aufs Spiel gesetzt. Wer hat daran ein Interesse? [3]

Risiko Wolf?!

elp. Der Vorsitzende der Lüneburger Jägerschaft, Torsten Broder sagte: „Jäger können nach derzeitiger Gesetzeslage nichts anderes machen, als dem Wolf klatschend hinterherzurennen.“ Nicht nur in Ostdeutschland wurden Schafe, Damwild und andere Tiere von Wölfen gerissen. Im Landkreis Lüneburg überraschten im Februar sieben Wölfe eine Spaziergängerin mit ihren Hunden und diese schaffte es gerade noch zu ihrem Auto. Außerdem hat der Wolf in Schleswig-Holstein Schafe gerissen, ging in Bayern zutraulich ortsnah spazieren und wurde in West-Niedersachsen in unmittelbarer Nähe eines Waldkindergartens beobachtet u.v.m. Dazu sagt das Präsidiumsmitglied des Deutschen Jagdverbandes (DJV) Dr. Gert Dittrich in einer Pressemitteilung: „Mit der Rückkehr des Wolfes ist ein Risiko verbunden. Niemand kann ausschließen, dass es zu Übergriffen auf Menschen kommen könnte. Ich fordere die Politiker auf, das auch so ehrlich zu sagen!“ Und der Jäger Frank Rakow bemerkt: „Nicht diejenigen, die vor Ort die Gegenwart des Wolfes auszuhalten haben, entscheiden über sein Schicksal, sondern die Menschen in den Städten. Dort, wo zwar nicht der Wolf, aber die Politik zu Hause ist ... Manchmal scheinen die Schützer gefährlicher zu sein als das zu schützende Gut.“ [5]

Zur Schweizer Abstimmung der neuen Billag-Mediensteuer am 14.6.2015
Der Verfassungsrechtler Rainer Schweizer sagte zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes Folgendes: „Es kommt mir vor, wie wenn man für Autobahnen eine Abgabe von allen Bewohnern erhebt, weil sie einmal als Beifahrer über eine Nationalstraße fahren könnten.“

Wer schützt die Kinder und Schafe

mab. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) beabsichtigt die Geschäftsstelle des Vereins „Schweiz ohne Großraubtiere“ zu übernehmen. Dieses Vorhaben hat der SAB massive Kritik von der „Alliance Animale Suisse“ eingebracht. Zu dieser Allianz haben sich vier Tierschutzorganisationen zusammengeschlossen, die sich für die Existenz von Großraubtieren, wie dem Bär, Wolf und Luchs, einsetzen. Auch für die Naturschutzorganisationen Pro Natura und WWF ist das Verhalten der SAB ein Ärgernis. Der WWF ließ verlauten, dass er schockiert sei, wie fundamentalistisch sich die SAB positioniere. Diese sogenannten Tier- und Naturschutzorganisationen wollen auf Biegen und Brechen die Großraubtiere erhalten und nehmen damit auch

die damit einhergehende Gefahr für Mensch und Kleinvieh in Kauf. Da stellt sich doch die Frage, wer denn nun hier eine engstirnige Haltung an den Tag legt? Sind es diejenigen, die sich Sorgen machen um ihre Kinder und Kleintiere, oder diejenigen, die den Schutz der Großraubtiere höher achten als den Schutz von Mensch und Kleinvieh?

[4]

Wölfe und Bären in Österreich

jun. Im Jahr 2011 und 2012 wurden Schafe unserer Nachbarn von Wölfen gerissen und ein Bär zerstörte eine kleine Futterkrippe für Rehe und Hirsche. Dies ist eine tödliche Gefahr auch für die Bewohner und Kinder. Die Krippe befindet sich nämlich in einer Hütte ca. 300 m von unserem Haus entfernt. Die Medien wollen

uns weismachen, dass Menschen gerne mit Bären und Wölfen zusammenleben. Wir fragen uns, in wessen Interesse sie diesen Eindruck vermitteln. Schließlich haben wir nicht vergessen, wie gefährlich Bären und Wölfe sind! Oder zählt ihr Leben mehr als ein Menschenleben? Siehe S&G Nr. 54/13 [6]

Unzählige Gewaltverbrechen an indigenen* Frauen

cc. In den Jahren 1980 bis 2012 sind 1.017 Fälle von ermordeten, indigenen Frauen in Kanada dokumentiert; 64 gelten als vermisst und 225 weitere Fälle sind ungeklärt. Die Behörden weigern sich, die Zahlen, welche von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen bestätigt wurden, anzuerkennen. Laut einer Untersuchung der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ im Jahr 2013 seien in vielen Fällen auch die Polizeibehörden in die Gewalt an indigenen Frauen verstrickt. So wundert es nicht, dass sich Ermittlungen über viele Jahre hin erstrecken. Dies

zeigte sich u.a. am Beispiel der 19-jährigen Cree-Indianerin Helene O., die 1971 auf ihrem Heimweg von vier weißen Männern vergewaltigt, brutal misshandelt und ermordet wurde. Polizei und Justiz verschleppten die Ermittlungen, sodass es erst 16 Jahre später zu einem Prozess kam, bei dem nur einer der vier Männer verurteilt und zehn Jahre später auf Bewährung entlassen wurde. Wie wäre der Prozess wohl verlaufen, wenn es sich bei dem Opfer um eine weiße Frau gehandelt hätte? [7]

*früher als „Eingeborene“, „Ureinwohner“ oder „Naturvölker“ bezeichnet

Schlusspunkt •
Auch wenn die Artikel dieser Ausgabe von vermeintlich kleinen Begebenheiten zeugen, können wir den Faden beliebig auf die große Weltbühne weiterspannen. Nehmen wir z.B. die Langzeitfolgen der US-Kriege im Irak und noch weiter zurück in Vietnam, wo die Kinder heute noch an schweren Missbildungen, infolge von der US-Armee verwendeter Uranmunition und hochtoxischem Entlaubungsmittel, leiden. Gerade auch die vermeintlich kleinen Dinge, wie die Ansiedlung von Großraubtieren im Berggebiet oder die kommenden Abstimmungen in der Schweiz, bringen doch schwerwiegende Langzeitfolgen mit sich. Deshalb muss das Unrecht so lange beim Namen genannt werden, bis die Schwachen und Wehrlosen nicht mehr den Interessen einer verschwörerischen Machtelite zum Opfer fallen.
 Die Redaktion (brm./ft.)

Quellen: [3] Flugblätter von Nein-Komitees zur Erbschaftssteuer | www.erbschaftssteuer-nein.ch | www.neue-erbschaftssteuer.ch [4] Zeitung NZZ am Sonntag, 24.5.2015 [5] Deutsche Jagdzeitung 4/2015, S.14-16 [6] Zeugenbericht von J.N. | [7] Incomindios, Jubiläumsausgabe, News/Jahresbericht 2013, „Über tausend tote Frauen in einem Erstwelt-Land“, S. 28/29

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 30.5.15

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen

Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan

Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein



www.anti-zensur.info

www.klagemauer.tv

www.panorama-film.ch

www.stimmvereinigung.org

www.agb-antigenozidbewegung.de

www.sasek.tv